

Städter Volksbote.

Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mr. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungslinie Str. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltenen Zeitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 86.

Wittwoch, den 13. April 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Russische Nöte!

Wp. Brot und Geld entscheiden über das Schicksal der großen Armeen. Wer sich Rechenschaft geben will über den Verlauf des russisch-japanischen Krieges, muß, neben den Kriegsbüchern, auch die Bewegung der Finanzen und alle Angaben über die wirtschaftlichen Zustände der kämpfenden Länder in Betracht ziehen.

Uns interessiert dabei vor allem das Reich des Zaren.

Der Telegraph brachte dieser Tage die Meldung, daß die zaristische Regierung offiziell eine Reihe von Budgeteinschränkungen bekannt gegeben hat, die vorgenommen werden, um Finanzmittel für den Krieg freizumachen. Es handelt sich dabei um die Einstellung der Arbeiten an den bereits im Bau befindlichen Eisenbahnen und ähnliche gewaltsame Unterbrechungen der Tätigkeit der Staatsbetriebe und der Staatsverwaltung. Wir haben von vorn herein darauf verwiesen, daß es dazu kommen wird. Alle Fabeln über unermessliche Gold- und Geldvorräte zur Kriegsführung, mit denen die russischen offiziellen Agenturen seit Monaten die bürgerliche Presse zum Narren halten, sind dadurch ein für allemal abgetan. Auch der „freie Dispositionsfond“ des Staatshauses erweist sich als Phantasiégilde. Der Gedanke, die außerdienlichen Ausgaben eines Krieges durch die Einschränkungen der ordentlichen Ausgaben des Staates decken zu können, richtet sich von selbst in den Augen von jedem, der jemals einen Einblick in den Haushalt eines modernen Großstaats getan hat. Und erst in Russland, dessen ganzes Budget, wenn man von den Betriebsausgaben der Eisenbahn absieht, sich zu 99 Proz. auf die Ausgaben für die Staatschuld und für die Armee zurückführen läßt! Also, entweder man stellt die Zahlung der Staatschulden ein, oder man führt Krieg im Auslande auf Kosten der Desorganisation und der Bereitstellung der Armee im Innern! In beiden Fällen würden aber die Mittel dennoch nicht ausreichen.

Das Konservativen braucht Geld, neue Anleihen, Gold vom Auslande, das läßt sich nicht mehr verhehlen. Seit dem 1./14. Februar hat sich die Bilanz der russischen Staatsbank um 130 Millionen verminderet, fast ausschließlich weil die Regierung ihr Geld entzog. Das Guthaben der Regierung bei der Bank verminderte sich um 70 Millionen, das der Spezialfonds und der sonstigen laufenden Kontos von Staatsinstitutionen um 43 Millionen. Das gibt aber selbstverständlich nicht die wirkliche Ausgabe an, sondern nur die Differenz zwischen den entzogenen Summen und den Staatsentnahmen, die regelmäßig auf laufendes Konto bei der Staatsbank deponiert werden. Der Goldvorrat hat sich um 80 Millionen vermindert. Der Goldbesitz der Bank im Auslande hat sich sogar um 100 Millionen Rubel vermindert, von 175 auf 74,5 Millionen Rubel. Dieses Gold blieb im Auslande. Dass nichtsdeutlicher die Goldfassen der Staatsbank, wie erwähnt, nur ein Mantel von 80 statt 100 Millionen Rubeln aufweisen, erklärt sich daraus, daß während der gleichen Zeit aus der Kasse über 50 Millionen Papierrubel verschwanden. Bekanntlich sind gleich bei Beginn des Krieges 50 Millionen Kreditbillette ausgegeben worden. Die sind nun alle. Man wird zu neuen Emissionen schreiten müssen — wenn nicht Geld vom Auslande kommt.

Die Zerrüttung der Handelsverhältnisse durch den Krieg tritt bereits ebenfalls offen zu Tage. Offiziell wird bekannt gemacht, daß die Bänkerotts eine außerdienliche Höhe erreicht haben.

Um das Verhängnis voll zu machen, erhebt in diesem Frühjahr wieder das Gespenst der Misere in sein Medusenhaupt. Es ergibt sich aus dem letzten offiziellen Bericht über den Saatenstand folgendes: Der Winter war schneearm — infolgedessen litt das Wintergetreide. „Stellenweise mußte man entweder ganz auf die Aussaat von Wintergetreide verzichten, oder denn die an einzelnen Orten vorgenommene Aussaat gab keine Resultate.“ An anderen Orten wurden die im Vorfrühling vorgenommenen Feldarbeiten durch nachfolgende Frost zu Niede geföhrt. Im allgemeinen sei übrigens dank dem Regenwetter der Stand des Wintergetreides befriedigend — doch als unbefriedigend und stellenweise sogar schlecht wird er beobachtet hauptsächlich in den Gouvernementen Pessorabien und Cherson sowie in den südlichen Teilen der Gouvernements Kiew und Podolien und an einzelnen Orten des Gouvernements Poltawa.“ Im besonderen wird berichtet: „Gouvernement Pessorabien: Der Zustand der Winteraussaat ist im allgemeinen unbefriedigend, oft ganz schlecht und nur selten befriedigend; stellenweise wurde, infolge der trockenen Witterung im Herbst, überhaupt keine Aussaat vorgenommen.“ „Gouvernement Cherson: Der Zustand der Winteraussaat ist größtenteils unbefriedigend.“ „Gouvernement Charkow: einen bedeutenden Schaden den jungen Anzügen bereiteten die Februarfroste.“ „Gouvernement Poltawa: Das Wintergetreide ist im allgemeinen befriedigend, aber in einigen

Regierungsbezirken unbefriedigend; die Hauptursache ist der schlechte Zustand noch vom Herbst her sowie der sehr schneearme Winter, außerdem haben auch die Februarfroste geschadet.“ Gouvernement Kiew: Der Zustand der Winteraussaat ist bunt und ungleichmäßig. Stellenweise in den Regierungsbezirken Berditshew, Uman, Tschernokl u. a. sind sie unbefriedigend, an seltenen Orten vorzüglich, in den Regierungsbezirken Kiew und Swenigorod gut.“ Lehnschultheiß wird auch aus Podolien und Wolhynien berichtet.

Es wäre, freilich, versucht, jetzt schon von einer bevorstehenden Hungersnot zu sprechen. Über die Ursachen sind bei den primitiven russischen Ackerbauverhältnissen höchstbedeutend. Und die Gefahr ist zu groß, um nicht schon in ihren Ursachen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Kriegsnott und Hungersnot — was muß denn noch das russische Volk erleiden, bis es dieses verruchte politische System los wird?!

Rußland und Japan.

Wie Reuters Bureau aus Söul berichtet, teilte der dortige japanische Gesandte Hahashi dem koreanischen Auswärtigen Amt mit, daß der Rückzug der russischen Truppen über den Tschaltsch und die Besetzung der Grenze durch die Japaner Tatsache sei, und riette an die koreanische Regierung das Eruchen, ihre Beamten mit Anweisungen zu versehen, daß sie die Anwerbung von Kulis erleichtern und den Bau der Eisenbahn von Söul nach Fuson beschleunigen sollen. — Dass die Russen ihre Positionen auch auf der anderen Seite des Tschal ohne Kampf aufgeben werden, ist nicht anzunehmen; in der nächsten Zeit sind also Zusammenstöße zwischen den russischen und den japanischen Truppen am Tschal zu erwarten.

In Niitschwang ist man sehr um einen japanischen Angriff besorgt. Eine Reutermeldung von dort besagt: „Die Berichte über die rege Tätigkeit der Japaner in Korea und über die Ankunft japanischer Transportschiffe auf dem Tschal halten die hiesige Garnison zur Wachsamkeit gegen einen möglichen japanischen Angriff an. Als Sonntag abend an der Mündung des Tschalusses einem auslaufenden Schiffe Lichsignale gegeben wurden, um die Wassertiefe anzugeben, gaben die Forts, die die Signale mißverstanden, 24 Schüsse auf die Boote und ein nach austarts bestimtes Kaufahrtschiff ab. Das Feuer beeinträchtigte die Einwohner der Stadt, da diese glaubten, die Japaner machen einen Angriff. Auch unter den Soldaten entstand eine Aufregung, sodaß zwölf chinesische Matrosen, die über den Fluss segeln wollten, von den Schilzwachen erschossen wurden.“ Ein chinesischer Dampfer fuhr von Ritschschwang zurück und berichtete, daß seine Lotsensignale unbeachtet geblieben seien, zwei englische Schiffe seien in der gleichen Lage gewesen. Für den Handel ist also Niitschwang tatsächlich geslossen.

Nachdem durch Uta vom 20. Februar die Sibirische Bahn in den Grenzen des enteigneten Kreisels in Kriegszustand erklärt worden war, ordnete Montag ein in der „Gesetzesammlung“ veröffentlichter Uta vom 4. April die „Rückhaltung des Kriegszustandes auch auf das an die Bahn grenzende Gebiet an.“

Das russische, unter dem Kommando des Admirals Winternitschende Geschwader, das auf der Fahrt vom Mittelmeer nach Kronstadt am 6. April in Cherbourg vor Anker gegangen war, ist Sonntag von dort nach der Ostsee abgezogen.

Politische Handlungen.

Deutschland.

Neue Kämpfe. Der Reichstag ist am heutigen Tage zu erneuten Beratungen wieder zusammengetreten. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Novelle zum Münzgesetz und der Stat des Reichskanzlers, der wahrscheinlich zu recht lebhaften Auseinandersetzungen über die zu erwartende innere Politik des Reiches Anlaß geben wird. Ein Ende der Staatsberatungen ist um so weniger abzusehen, als außerdem noch sehr wichtige Staatsstelle, wie der Kolonialrat und der Marinerrat noch der Erledigung harren. Die Bedürfnisse des Reiches sind bekanntlich nur bis Ende Mai durch ein Notgesetz gedeckt; bis dahin muß der Stat auf alle Fälle fertig gestellt sein oder es muß ein neues Notgesetz beschlossen werden. Das Hauptinteresse wendet sich indessen bei dem Wiederzusammentreffen des Reichstages dem vielfach angekündigten neuen Flottengesetz zu. Ob es bereits soweit fertiggestellt ist, daß es vor der Öffentlichkeit erscheinen kann, darüber hat man bisher noch nichts vernommen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die Regierung versuchen wird, ein solches Gesetz noch in diesem Arbeitsjahr durchzudringen. Denn im nächsten Jahre wird die Arbeitskraft des Reichstages durch die Militärvorlage, den Stat und vielleicht auch durch

Handelsverträge so sehr belastet sein, daß für sonstige größere Gesetzesvorlagen kaum viel Raum bleiben wird. Alles in allem kann man sagen, daß die erste Hälfte der Lebensdauer des neuen Reichstags schon jetzt von Forderungen der sog. „Staatsnotwendigkeiten“ so sehr erfüllt ist, daß für die Erfüllung von Volksforderungen kein Raum bleibt. Die sozialdemokratische Fraktion geht in der Stärke von 79 Mann an die neue Arbeit. Das Bischof-Marienberger Mandat ist uns entzogen worden, um das Altenburger werden wir in den nächsten Tagen zu kämpfen haben; das vorläufige Schicksal von Frankfurt a. O. hat noch der Entscheidung durch das Plenum. Allem Anschein nach geht unsere Partei neuen, schwierigen Kampfen im Reichstag wie im Reiche entgegen. Die Gegner, die sich während der Ferien an den inneren Auseinandersetzungen der Partei ergötzt, werden dann wieder einmal die Erfahrung machen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Vertreter einmütig zusammenstehen, sobald der Sammelruf erönt: Wider den Feind!

Über die Wahlbewegung im Herzogtum Sachsen-Altenburg schreibt man dem „Vorwärts“: Die Wogen des Wahlkampfes gehen hoch und die Erhöhung, mit der auf beiden Seiten gekämpft wird, ist noch ständig im Wachsen begriffen. Die Agrarier mußten von einer Wiederauflistung des früheren Reichstags-Abgeordneten v. Blüddau Abstand nehmen; dann darüber war man sich in diesen Kreisen sofort klar, daß man mit diesem extremen Agrarier auf keinen Fall durchdringen könne. Die Konservativen entschieden sich deshalb für einen Beamten und fanden einen solchen in der Person des Oberlandesgerichtsrats Dr. Porzig in Jena, der früher in Altenburg als Richter amtiert hatte. Dieser Kandidat steht auf dem Standpunkt des in Leipzig durchgesetzten alldutschen Professors Hesse. Er machte kein Hehl daraus, daß er für hohe Zölle ist, daß ihm das jetzige Reichstagswahlrecht nicht gefällt, und vor allen Dingen streikt er ein Gesetz an, durch welches manstreitende Arbeitnehmer zwangsläufig eingeschalten. Wohl irgendwo in Deutschland hätte man den Mut besessen, einen Kandidaten aufzustellen, der es so wenig versteht, seine standreaktionäre Gesinnung etwas zu verborgen. Im Herzogtum Sachsen-Altenburg, wo der Hof gegen die Sozialdemokraten bereits so wunderbare Blüten getrieben hat, kann man sich das erlauben. Se reaktionärer hier ein Kandidat auftritt, desto sicherer ist ihm die behördliche Unterstützung. Der Ausschall der Wahl im 20. sachsischen Wahlkreise hat bei den Gegnern eine geradezu fiebrige Erregung hervorgerufen. Jetzt bereits werden die erbärmlichsten Kampfmittel angewendet und namentlich der Bund der Landwirte ist es, der in schamloser Weise arbeitet. So hat man uns in den ländlichen Bezirken ziemlich alle Säle abgetrieben und in den gegnerischen Versammlungen haben wir keinen Zutritt. Bei der vorherigen Wahl wurden abgegeben 18 695 sozialdemokratische, 14 498 konservative und 2993 freiheitliche Stimmen. Die Freiheitlichen stellen diesmal keinen Kandidaten auf, damit eine Stichwahl vermieden wird. Sie wollen sofort für den Konservativen stimmen. Daß der größte Teil der freisinnigen Wähler diese Parole befolgen wird, unterliegt keinem Zweifel. Wir sind sonach vollständig auf eigene Kraft angewiesen und es wird ja auch unsererseits eine überaus rege Agitation entfaltet, so daß die Hoffnung besteht, daß wir den Kreis trotz alles behaupten. Erstmals und kompliziert ist die Agitation noch dadurch, daß vierzehn Tage vor der auf den 29. April angesetzten Reichstagswahl, also am 15. April, die Landtagswahl im ganzen Lande stattfinden. Wir haben in der dritten Wählerklasse vier Mandate zu verteidigen und können damit rechnen, daß wir noch zwei neu hinzugewinnen. Sei Lingt uns dies, dann hat der Bund der Landwirte die Mehrheit im altenburgischen Landtag verloren. In Würdigung dieser Gefahr ist bereits seit Wochen ein Geschäftsratender des Bundes auf der Tour, um in den gefährdeten Bezirken zu reiten, was noch gerettet werden kann. Auf dem Lande gründet man mit agrarischer Hilfe Ortsgruppen des Bundes der Handwerker, wodurch die Handwerker für den konservativen Kandidaten engagiert werden sollen. Zumal Überschuss finden in der Stadt Altenburg am 12. April auch noch die Gewerbegerichtswahlen statt, also drei Wahlen innerhalb 17 Tagen, gewiß eine recht arbeitsreiche Aufgabe.

Der Herero-Aufstand in Südwestsafrika. Die deutschen Truppen sind am Sonnabend mit der Hauptmacht der Herero in Führung gekommen und haben ihnen, wie wenigstens Gouverneur Leutwein meldet, eine empfindliche Niederlage beigebracht: die Stellung der Herero wurde durchbrochen und diese haben sich nach Osten angeblich fluchtartig zurückgezogen. Gouverneur Leutwein meldet aus Okahandja: „Ich habe am 9. mit der vereinigten Hauptabteilung Orr und Weßabteilung Etosch die Hauptmacht des Feindes, etwa 3000 Gewehre, bei Onganjira angegriffen. Die Hereros waren in dicker, keilsförmiger Höhenstellung, die Front nach Nordwesten. Kavallerie wurde

der feindliche linke Flügel umfaßt und zurückgeworfen, dann folgte ein Angriff gegen die Mitte und den rechten Flügel des Feindes. Zwischen energische Gegenstöße des letzteren gegen unseren linken Flügel wurden abgewiesen. Mit Einbruch der Dunkelheit, nach achtsstündigem Gefecht war die feindliche Stellung durchbrochen. Die Herero sind nach allen Seiten, mit den Hauptkräften anscheinend in nordöstlicher und östlicher Richtung, zurückgegangen.

Unsere Verluste. Tot: Oberleutnant v. Eßorff, Leutnant v. Erffa, 2 Reiter. Schwer verwundet: Leutnant v. Rosenberg, 5 Reiter. Leicht verwundet: 5 Reiter. Die Verluste des Feindes sind noch nicht festgestellt, aber dank guter Artilleriewirkung schwär. Von der Ost-Abteilung Glaserapp nichts Neues." Gouverneur Lentwein meldet ferner die genaue Verlustliste in obigem Gefecht. Gefallene: 1. Oberleutnant Otto v. Eßorff aus Beersien bei Kelzen. 2. Leutnant Dr. Burkhardt Freiherr v. Erffa aus Werneburg, Kreis Poßneck. 3. Gefreiter Stövel der 3. Batterie aus Jägerow, Kreis Stolchin. 4. Gefreiter Heintz, Scholl der 4. Feldkompanie aus Raulbach b. Homburg (Hessen). Schwer verwundet: Leutnant Richard v. Kosseburg aus Kassel, der 1. Feldkompanie, früher Franz-Regiment, Schuß in den Oberkiefer. 2. Sergeant Gustav Liebke der 4. Feldkompanie, aus Lengen, Kreis Bartenstein, Schuß in rechten Ellenbogen. 3. Gefreiter Otto Vucat der 4. Feldkompanie, aus Alt-Landsberg bei Berlin, Schuß durch beide Beine. 4. Reiter Heinrich Müller, 4. Feldkompanie, aus Groß-Bargwedel bei Hannover, Schuß rechter Unterarm. 5. Sergeant Wieland der 1. Feldkompanie, aus Buchenbrunn, Kreis Pforzheim, Brustschuß links. 6. Kriegsfreiwilliger von Blaas der 1. Feldkompanie, aus Berlin, Schuß durch linken Unterarm. Letzt verwundet: 1. Feldwebel Schlabitsch der 1. Feldkompanie aus Gützow, Kreis Elba, rechter Zeigefinger abgeschossen. 2. Reiter Kubbe, 1. Feldkompanie aus Miloslowa, Kreis Sitzbaum, Streifschuß rechter Unterarm. 3. Gefreiter Baranek, erste Feldkompanie, aus Tschentz, Kreis Ludwigslust, Verlust zweier Finger der linken Hand durch Schuß. 4. Gefreiter Georg Prügert, 1. Feldkompanie, aus Berlin, Streifschuß rechter Oberarm. 5. Gefreiter Emil Effort, 1. Feldkompanie, aus Schönlanke, Kreis Czernitzau, Streifschuß rechter Unterarm. — Aus diesen Berichten ergibt sich, daß die Herero mit ihrer Hauptmacht in unmittelbarer Nähe von Okahandja geblieben waren. Onganjira liegt nur wenige Kilometer östlich von Okahandja, dem früheren Hauptorte der Herero und dem Wohnsitz des Häuptlings Samuel Makarero. Die beiden deutschen Abteilungen, die bei Onganjira zusammenwirken, zählten 35 Offiziere und 880 Mann nebst 10 Geschützen. Der ganze Stab wird sich nun mehr weiter ostwärts ziehen, und es bleibt abzuwarten, ob der Schießtrupp, die ja bald weitere Verstärkungen erhält, die Umlaufsfehren der Hauptmacht der Herero noch gefangen wird.

Sympathien ist endy die Beziehung über das am 2. April bei Offenbach stattgefundenen Geschoß eingesetzter. Sie lautet: Gefallen: 1. Compagnie Schützengruppe: Majorleutnant Hörr, Sergeant Martin Brädl, Unteroffiziere Willibald Döbrosch, Otto Hergens; Schützaten Karl Bettin, Johann Scher, Wilhelm Hader, Johann Haas, Joseph Hayn, Georg Helmuth, Adolph Haber, Philipp Häßl, Peter Hüger, Rudolf Lieben, Michael Matz, Walter Reit, Maximilian Raasch, Joseph Schelhorn, Peter Weiler, Johann Stachowitsch; Gefreite Christian Hofert, Wilhelm Seeliger, Karl Sellat, einjährig Gefreite Dietrich Mannerga, Karl Spornagel; Tambourmeister Walther Wöhrl, Otto Wötge; Hornist Michael Schreiner. 4. Compagnie Schützengruppe: Unteroffizier Johannes Höhl; Schützaten Georg Klein; von Sanitätskolonne: Oberjägermeister Oskar Mahne; vom Erkundungspat: Gefreiter Hermann Siegel, Reiter Otto Kollert gefallen 4. April. Verwundet: 1. Compagnie: Leutnant Paul Hilberstadt Schützengruppe rechte Säule; Unteroffiziere Robert Gräßler Schützengruppe linke Oberarm und obere Seite Schützengruppe, Bruno Langenbach Schützengruppe linke Fuß; Schützaten Johannas Trumml rechte Säule, Gustav Schell rechte Seite, August Schäfer Schützengruppe linke große Zehe, Ludwig Kollmer Schützengruppe linker Oberarm, Rudolf Pörschen linker Unterarmhökel; einjährig Gefreiter Heinrich Riedelken Brustplatte rechter Unterarm. 4. Compagnie: Schützaten Willibald Gratz Schützengruppe linker Oberarm, Emil Willibald Weidmannschnitze Riedel, einjährig Gefreiter Johannes Schmidt Schützengruppe linke Faust verletzt. Von Schützenpat: Gefreiter Heinrich Vogel leicht rechte Seite. Von Heimwehrenfahnen-Hilfslager: Oberjägermeister Max Froising Schützengruppe linke Faust und Arm, Oberstabsarzt Hermann Deutscher Schützengruppe rechte Hand. — Nach dieser Liste betrifft die Zahl der Toten nicht 32, wie Oberstleutnant Scherer telegraphiert hatte, sondern 33. Das erste amische Schützenamt Schleswig gab die Zahl der gefallenen Herren mit 92 an; der Hauptmann a. D. von Dommerstorff, der Kommandeur der Schleswiger Patr. hat bezogen, wie er drückt, nur 42 getötet! Gleichzeitig fügt er allerdings bei: die „Schlesw.“ schaute ihre Leute, wenn irgend möglich, mit. Soll damit gesagt sein, daß diese Möglichkeit nochmal eingeschränkt, ja wahrscheinlich dass der Gedanke, daß der Feind entjedt werden sei. Auf der Rückseite stand die Personage nur nicht mit dem Todes belegt. Daher fügt ein Schrift des Schützenamtes die Angabe, daß die Dr. Lipp-Schlesw. nach Bekämpfung der Feinde auf den Schießstand kommandiert hat. Daraus folgt doch aber, daß sie nicht den Gegner getroffen, sondern daß sie nur mit Blöde und Tod unter großen Opfern den Platz, der ihr den Rückgriff freimachte, gewonnen hat. Bereits im Nachmittag 20.4., daß der Dr. Lipp-Schlesw., nach dem kleinen Schlag zu beweisen sich wußt, gegen Flüchtlinge in militärischer Richtung vor Offiziatoren fußt, was die Bekämpfung des gewissen Schützen-Schlesw. am 13. März gegenwehrhaftig wurde. Die Dr. Lipp-Schlesw. hat sich also in mehr als vierzig Tagen — bis zum ersten Apriltag — immer vom Feind gejagt.

Die höchste Rechtsinstanz des Staates mit der Geheimstaatskasse fristlos kündigt, wenn die „Sankt-Pedro“ nicht unverzüglich zu erfüllen. Da wird von dem Rechtsgerichtsspruch der Generalstaatsanwälte der Geschäftsführer geschehen und rätselhaft: „Nur dem Gericht hat sich das Geschäftsfürstentum des Deutschen Reichs mehr fügbar als die Geheimstaatskasse geworden und war mit Hilfe der Gewaltfähigkeit bei Ratifizierung

Arbeiten er sucht. Für das Reichsarbeitsblatt hat das Statistische Amt fortlaufend die Materialien aus den geschäftlichen Arbeitsvermittlungsstellen erbeten. Das Kaiserliche Statistische Amt hat ferner fortlaufend Auskunft über die Zahl der Arbeitslosen gewünscht. Der Plan für diese Statistik wurde in den Räumen des Statistischen Amtes in einer Sitzung festgelegt, an der die Vorsitzenden derjenigen Verbände teilnahmen, die Arbeitslosenunterstützung zahlen. Den Vorschlag führte der Präsident des Statistischen Amtes, auch Sozialtarife zu sammeln und dem Statistischen Amt zur Verfügung zu stellen, war ein Anliegen an die sozialdemokratische Gewerkschaftsorganisation.“ Das Schatzmacherblatt delaniert dann seine ganze gesinnungstümliche Entrüstung über diese Intimität zwischen den Beamten eines monarchischen Staateswesens und den „geschworenen Feinden der bürgerlichen Gesellschaft“, den „Agitatoren“ und „vaterlandslosen Gesellen“, der „verachteten Röte“ der Sozialdemokraten, um schließlich die Berufsgenossenschaften als ausreichende Organe für bietlichen statistische Ermittlungen zu empfehlen. Das ist des Jubels Kern: die Schatzmacher scheuen die unbeschogene Beichterstattung der Gewerkschaftskommission und möchten an deren Stelle lieber die Ermittlungen „Arbeitssuchter“, der Unternehmerorganisationen, sehen. Bei Uebrigem wollen wir den „Hamburger Nachrichten“ verraten, daß sich etwas noch bei Durchbareres als dieser kompromittierende Verkehr zwischen kaiserlichen Beamten und Gewerkschaftsbeamten alltäglich im Reichstag und in dessen Kommissionen abspielt: nur tauschen die Herrschaften mit leibhaftigen Sozialdemokraten nicht bloß schriftlich, sondern sogar mündlich ihre Meinung aus, und der monarchische Staat ist immer noch rekt!“

Neue Enthüllungen aus der Berliner Bastille.
Die „Zeit am Montag“ bringt wieder neue Einzelheiten über den Strafvollzug in Bötzensee. Todesfälle einer häflicher Art, so wird behauptet, seien in Bötzensee nicht Seltenes. Aus eigenem Wissen sind dem Briefschreiber diese Fälle bekannt, die nichts weniger als unbedeutlich sind. Am auffälligsten ist dabei der Fall eines Maschinisten Mittelstädt, eines Mannes von 28 Jahren, der an der Verwachung einer Handwunde, die er sich als Geistesgegenwart zugezogen hatte, gestorben ist. In Bötzensee laufen durchzährende Geisteskrankheit und Epilepsie zusammen. Eine Reihe von solchen wird namentlich ausgeführt. Ein nun ein solcher sich weigert, an der Arbeit teilzunehmen, fliegt er zunächst mit ärztlicher Genehmigung in Arrest. Fängt er dort an zu töben, erhält er von den Aufsefern und Kassatoren Schläge, und vielleicht sieht sich dann die Tragödie in der Zelle des Lazaretts weiter fort, die Untergabenen des Anstaltsarztes Dr. Pfleger in Unglücksfällen nicht souß behandeln. Schlüsselbunde, Gesichts- und Wasserpistolen spielen dabei oft eine Rolle. Eine genauere Kennzeichnung der Bötzenseer Zustände wird gefahrt, der Überarzt Dr. Pfleger habe seit Jahren weder die Gemeinschaftszelle, noch die Küche, noch eine der Erstaufnahmen, von denen einige wahre Gischtümer sein sollen, in Prüfung der jüngsten Verhältnisse betreten. Das Krankenhaus soll häufig von geradezu eiterregender Beschaffenheit sein, nur in der Nähe der Verwaltungsgeschränke sind einige Räume angebracht. Dr. Pfleger empfing täglich 40 bis 90 Patienten, die er in fast dreiviertel Stunden abfertigte. Jeder Patienten empfand wegen der vielen Todesfälle eine natürliche Schrecken, sich in ärztliche Begleitung zu begeben. Auch dem Lazarett wurden die Kranken durch eine Angestellte vertrieben. Die Kranken erhalten zunächst tagewöchentlich $\frac{1}{2}$ Liter Kaffee, $\frac{1}{2}$ Liter Mittagsuppe und Fleisch, $\frac{1}{2}$ Liter Abendsuppe und zwei dicke Gemüse, den ganzen Tag. Nach den ersten Enthüllungen der „Zeit am Montag“ ist Dr. Pfleger plötzlich auf 3 Monate in Gewahrsamshaftung“ in Uelzen gesetzt. Eine Kritik des Systems läßt sich aber bis jetzt, wie der Geheimrat des Staates mitteilt, nicht feststellen.

Die Ausweisung des Russen Baibowet. Wie der erbb. Allg. Blz.⁴ von zufließiger Seite mitgeteilt wird, ist der Fall Baibowet folgendermaßen abgespielt: „Im Jz 1903 berichtete der Regierungspräsident in Schleswig den Minister des Innern, daß die aus Russland (Petrilan) vertriebenen, ein Sohn höheren Grades leidenden Gebrüder Alex und Adolf Baibowet sich zur Zeit in den Kropper- und Wohltätigkeitsanstalten befinden. Die Anstalten seien jetzt in der Lage, die beiden Kranken weiter zu pflegen und zu unterhalten, der zahmende russische Kreis habe ihre Übernahme nach Russland aber abgelehnt, so sie nicht in den Besitzbüchern der Stadt Petrilan eingetragen seien. Der Regierungspräsident hat deshalb eine Erklärungserklärung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Es ist durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes und deutscher Botschaft in Petersburg geschehen; die russische Regierung erklärte sich schließlich bereit, die in Stede stehenden Gebrüder zu übernehmen, und dem Regierungspräsidenten in Schleswig wurde hier von mir dem Aueimprellen, Säuber zu betraufen, Mittelweg gemacht. Es ist also einem Auslieferungsgebot der russischen Regierung nicht Recht, und die militärischen Haftverhältnisse der beiden Gebrüder sind selbstverständlich überhaupt nicht in Frage zu stellen. Die Tugendheit der Regierung hat sich einfach so bewiesen, daß sie für die Übernahme der beiden Gebrüder durch ihre Heimatbehörde Sorge getragen.

Eine Auslieferung vor Differenzen zu ein Russland ist überhaupt nicht statt. Die mit Russland über der Auslieferung von Differenzen zu einerzeit abgeschlossene Konsulsabsicht von 1857 besteht ihrer seit mehr als 30 Jahren nicht mehr zu Recht. Nun bemüht mit Russland im Jahre 1885 abgeschlossen ein Auslieferungsabkommen, in dem Beipielung zur Auslieferung wegen militärischer Delikte, und tatsächlich findet man bis jetzt nichts, was die Auslieferungen an Russland wegen solcher Delikte, wie bereits gesagt, überhaupt nicht statt“ — die Vermuthung der Kropper Wohlfäher in so feindseligem Sinne Differenzialität einzufügt haben sollte, wie die entsprechende des Reichstagswurfs behauptet, ist doch kaum möglich, weshalb wir eine weitere Ausführung von dieser Behauptung wünschen.

Das Schicksal der fahrlässigen Wahlreform. Wie fahrlässig Abgeordnetenkreis versteht, hat sich in der Wahlreform-Deputation der Kammer die einzige Stimme für das Projekt der Föderation (Schaffung von Zusammengesetzten und freien Wahlkreisen) ergeben. Die anderen Kommissionen

die man überhaupt der Erw^gung f^r wert hielet, seien alle auf ein Plurale i s y ft e m hinausgegangen. Auf bestimmte Vorschläge, nach welchen Merkmalen und wie viel Plurale stimmen zugelassen seien, hat man sich indessen nicht einigen können. — Also ein totgeborenes Kind. Wäre es zum Leben gekommen, so hätte man es mit einem Menschenbalg zu tun gehabt. Es ist bemerkt gewiß nicht schadbarum.

Der Beuthener Verleumdungsprozeß wird kein Nachspiel haben. Nach einer Meldung der „Dresd. Zeit.“ wurde durch persönliches Eingreifen des Kardinals Röpp der große Beuthener Prozeß definitiv beendet. Weber wird der Staatsanwalt Zeugen wegen falschen Eides anzeigen, noch werden Zeugen gegen Geistliche Bekleidigungsklagen anstrengen.

Im Leipziger Herzfeuer bringt jeder neue Tag eine Verbesserung der Lage zu Gunsten der Diakrankenfasse. Noch Abzug derjenigen Aerzte, die vertragshüngig geworden sind, waren bis Montag 83 Districtärzte mit der Kasse Verträge eingegangen; mit einer weiteren Anzahl Aerzte steht die Kasse in Unterhandlung und es ist nicht davon zu zweifeln, daß in kürzer Zeit das Budget für uns der Kasse nach Districtärzten voll gedeckt sein wird. Einem ungemein starken Frequenz erfreuen sich die ärztlichen Beratungsanstalten; allein die Auslast an der Egelstraße, in der acht Aerzte wirken, weist jetzt eine durchschnittliche Tagesfrequenz von 500 Fällen auf, die bei allen Gewissenhaftigkeit der Behandlung glatt bewältigt wird. Die Kassenmitglieder suchen diese Anstalten mit Vorliebe auf, alle Versuche der früheren Aerzte, die „Fabriken“ in Misskredit zu bringen, sind nicht nur vergeblich gewesen, sie haben auch den Patienten die Augen geöffnet, was sie von der Wahrheitsliebe und der beruflichen „Tüchtigkeit“ der früheren Kassenärzte zu halten haben. Gedenfalls sehnt sich heute kein Patient mehr unter das frühere System der ärztlichen Hilfeleistung zurück. Beschwerden irgendwelcher Art sind bis heute noch nicht bei der Kassenverwaltung eingegangen und die bei der Kreishauptmannschaft eingelaufenen „Beschwerden“ haben sich, nach der „Volkszeitung“, ausnahmslos als von den früheren Aerzten und deren Handlungen angezeigt hergestellt, zugleich aber auch als falsch unberechtigt erwiesen. Zummerhin muß aus formalen Gründen noch mit einem behördlichen Eingreifen gerechnet werden. Die jetzt im Statut vorgesehene ärztliche Familienbehandlung durch die Kasse wird deshalb voraussichtlich im Donnerstag stattfindenden Generalversammlung suspendiert werden; schon jetzt erklären aber alle neuen Districtärzte, daß sie nach wie vor die Familienangehörigen der Kassenmitglieder unentgeltlich weiter behandeln werden! Mit dieser Maßnahme ist der Leipziger Herzfeuer endgültig zu Gunsten der Kasse entschieden und es wird nur kürzer Zeit bedürfen, bis auch das statutarische Recht auf Familienbehandlung wieder hergestellt sein wird!

Polnische Ärzte und Ärztekammer. 104 polnische Ärzte der Provinz Posen haben an die Ärztekammer der Provinz Posen und zwar zu Händen des Sanitätsrats Dr. Brunk in Bromberg folgende Eingabe gerichtet: „Es ist eine notorisch bekannte Tatsache, daß seit mehreren Jahren an den verschiedensten Orten der Provinz Posen Ärzte zur Niederlassung bewogen werden, wo durchaus kein Bedürfnis nach einem zweiten Arzte vorhanden ist. Diese Tatsache wird dadurch bestätigt, daß solchen Ärzten, um ihnen die Existenz zu ermöglichen, von der Regierung bezw. von dem Deutschen Ostmarkenverein eine jährliche Unterstützung gewährt wird. Wir sind der Ansicht, daß, entsprechend den Landesgesetzen, wonach Personen, welche eine öffentliche Unterstützung erhalten, des Wahlrechts verlustig werden: 1. auch Ärzten, die eine öffentliche Beihilfe erhalten, von der hohen Ärztekammer das Wahlrecht entzogen werden muß und 2. daß es nach § 3 des Ehrengerichtsgesetzes standesunwürdig ist, eine öffentliche Beihilfe zu beziehen, um den Kollegen eine unangemalte Konkurrenz zu machen. Wir bitten die hohe Ärztekammer, dieser Angelegenheit gegenüber gütigst Stellung zu nehmen zu wollen. Posen, den 8. 3 1904.“ — Hoffentlich läßt die Ärztekammer die Antragsteller nicht allzu lange auf eine Antwort warten.

Kleine politische Nachrichten. Der Rosenkurs in Deutschland hat abermals ein Opfer gefordert. Am Donnerstag wurde in Goldap auf dem Bahnhof ein Kusse von einem Polizisten verhaftet. Was derselbe für ein "Verbrechen" begangen haben soll, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Hoffentlich erfährt die Öffentlichkeit bald etwas darüber. — Der frühere Oberpräsident von Ostpreußen, Thchr. von Richthofen, ist Montag in Florenz gestorben. — Das oberschlesische Rotheisenjindorf wurde auf zwei Jahre verlängert. — Der Düsseldorfer Regierungspräsident lehnte es ab, gegen das Vorgehen der Aufsichtsbehörde im Solinger Werkestreik einzuschreiten. — Die Strafkammer in Dresden verurteilte den Redakteur der "Sächsischen Rundschau", Stüller, wegen Beleidigung der Eisenbahnverwaltung durch einen Artikel über das Buchholzer Eisenbahnunglück zu 1000 Pf. Geldstrafe oder 100 Tage Gefängnis. — Regierungssindliche Demonstrationen fanden Sonntag und Montag in Barcelona (Spanien) statt. Als Alfons XIII. Sonntag bei der Rückfahrt vom Kloster Montserrat am Triumphbogen durchfam, ertönten aus der Menge Pfeife. Die Polizei verhaftete 13 Personen. Montag piff eine Anzahl Republikaner den Ministerpräsidenten Llaura aus; neun von ihnen wurden verhaftet. Später wurden sämtliche Verhaftete jedoch wieder in Freiheit gesetzt. — Im Auftrage des Sultans ist eine Kommission von Konstantinopel nach Arabien gegangen, um eine Untersuchung wegen der eberfälle und Niedermezelungen von Silgerlarawanen anzustellen. — Die Wahlen in Argentinien sind nach einer Stabmeldungen der "Ital. Allenthalben ruhig und zu Gunsten der Mehrheit regierungstreuen Wahlmänner verlaufen.

Roxford.

Die Stimmung in Polen. Polen jubelt über die Niederlage des Russen im gegenwärtigen Kriege. Sedoch ist die Freude in den verschiedenen Gesellschaftscreisen verschieden. Die Adeligen und Grundbesitzer gönnen zwar den Siegern die Schläge, es ist ihnen aber bang vor dem erneuenden Proletariat und Bauerntum. Sie wittern Arbeiteraufstände und Bauernrevolten und verlossen in aller Eile ihre Heimat. Die Handels- und Finanzkreise lachen und weinen zugleich. Der österreichische Krieg hat sehr schlecht für den Stand geschafft. Das Kapital ist entflohen.

z. B. haben viele Häuser baukraft gemacht und viele Fabriken ihre Arbeit gänzlich eingestellt oder die Arbeitszeit auf sechs Stunden reduziert. Diese Erscheinung wiederholt sich in allen andern polnischen Städten. Die große Masse des Mittelstandes legt eine unverhohlene Freude an den Tag. Die Anstrengungen der Sparkassen sind eben von diesem Mittelstande ausgeschüttet worden. Aber auch ihre Freude ist nicht ganz ohne Sorge; denn die meisten Soldaten, die am Kampfplatz den Tod erleiden, sind aus ihrer Mitte genommen worden. Das österrätsche Heer rekrutiert sich zum großen Teil aus Polen und polnischen Juden. Die polnische Jugend flüchtet aus diesem Grunde massenhaft ins Ausland. Die enthusiastischste, fröhlichste und lebenslustigste Stimmung herrscht aber bei den Arbeitern und Bauern. Unter ihnen wird reges Agieren gegen den Präsidenten und für den Sozialismus. Es herrscht mit einem Worte auf der ganzen Linie eine gehobene Stimmung. Dass dies den russischen Regierungskreisen nicht unbekannt ist, lässt sich denken. Diesem ist auch die gegenwärtige polenstreumüllere Stimmung zuzuschreiben. Man sucht die Polen durch Güte zu beschwichtigen, um etwaigen unerträglichen Karren vorzubereiten. Die polnischen Sozialisten stehen jetzt vor einer schwierigen Aufgabe. Sie müssen einerseits die allzu enthuastisch gestimme Masse zulassen, um sie vor unvorsichtigen, überheissen und verhängnisvollen Schritten zurückzuhalten, anderseits aber müssen sie gerade die gegenwärtig herrschende Stimmung voll und ganz für ihre Zwecke ausnutzen. Hoffentlich gelingt ihnen das eine wie das andre.

Australien.

Wahlpflicht. Der Premierminister der Provinz Victoria hat einen Gesetzentwurf aufgearbeitet, bevor Zwangsvotum bei Wahlen. Voraussetzung geben die häufigen Wahlenthaltungen.

Zuden und Wiedergutmachung.

Dienstag, den 12. April 1904.

Die Rotschen hält an! Als vor zwei Jahren die polizeiliche Genehmigung zur Veranstaltung eines Maids in der Innsbruck nachgefragt wurde, da verbot das Polizeiamt zum ersten Mal das Mitführen der roten Parteifahne sowie jeglichen roten Abzeichens. Im Vorjahr wurde derselbe Bescheid erlassen, ohne dass dadurch dem Charakter der Maifeier irgend welcher Abbruch zugefügt werden konnte; im Gegenteil, der Zug war ein noch großartiger als bisher. Trotz des Verbotes des Polizeiamtes, trotz angedrohter Ausperrungen seitens der Scharfmacher hatte sich das Lübecker werktätige Volk zu einem großen Teile zur Demonstration eingefunden. Nachdem also bewiesen worden war, dass das Verbot des Polizeiamtes auf die Demonstration keinen Einfluss ausgeüben konnte, hätte man annehmen sollen, dass seitens unserer heiligen Hermandad nunmehr auf dieses Verbot Veracht gelehnt worden wäre. Dem ist jedoch nicht so! Auch heuer hat das Polizeiamt sich gemüsst gefehlt, den Festzug nur unter gewissen Bedingungen zu gestatten. In Nachstehendem geben wir den eingegangenen Bescheid wieder:

Auf den Antrag des Komitees für die Maifeier vom 31. 3. um Erteilung der Erlaubnis zu einem für den 1. Mai d. J. geplanten Ausmarsch der hierigen Gewerkschaften und verschiedener Vereine Lübecks nach Niederdorf u. w. d. a., sowie zum Rückmarsch nach Lübeck, hat das Polizeiamt beschlossen, die nachgefragte Erlaubnis zu erteilen, indes nur unter den nachstehenden Bedingungen:

1) Als Sammelplatz für die Teilnehmer wird das Burgfeld bestimmt;

2) der Himmarsch der einzelnen Gewerkschaften und Vereine nach dem Sammelplatz hat ohne Musik und unter Vermeidung der Breitesträfe und des Geibelplatzes zu erfolgen;

3) die zum Sammelplatz marschierenden Gewerkschaften und Vereine müssen zur Vermeidung von Verkehrsstörungen größere Abstände von einander einhalten. Fußwerken, sowie der Straßenbahn ist überall soviel Raum zu geben, dass sie unbehindert vorbeiziehen können;

4) die Mitführung roter Fahnen und Banner, roter Schärpen oder sonstiger Embleme und Abzeichen, welche den Ausflug als eine sozialdemokratische Demonstration gegenüber den bürgerlichen Kreisen kennzeichnen, ist verboten; ferner gesetzten Begriff ist untersagt;

5) es ist dem Polizeiamt vor dem 1. Mai eine Person namhaft zu machen, welche die Verantwortung für die genaue Erfüllung der gestellten Bedingungen übernimmt;

6) es sind in ausreichender Zahl und durch besondere Abzeichen kenntlich gemachte Pfeifer zu bestimmen, welche auf dem Sammelplatz und auf dem Marsch dafür Sorge zu tragen haben, dass der allgemeine Verkehr in keiner Weise gestört wird;

7) auf dem Rückmarsch hat sich der Zug auf dem Burgfeld aufzulösen.

Begläubigt

(gez.) Lipper.

Gebühr Mt. 250.

„Ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch den Verfasser“, so könnte man mit dem Dichter nach Aufnahme und genügender Verdauung dieses 25 Groschen-Bescheides ausrufen. Auch hier wieder die geradezu ängstliche, durch eine einzige rote Parteifahne hervorgerufene Rücksichtnahme auf das antisozialdemokratische Empfinden eines kleinen Teils der Bevölkerung; eine Rücksichtnahme, die uns Sozialdemokraten gegenüber wahrscheinlich nicht zur Anwendung gelangen dürfte, die wir aber auch gar nicht beanspruchen. Was wir jedoch verlangen, das ist, dass man auch uns mit gleichem Maße mit und nicht den Grundtag des Justizministers Schönstedt aufstellt: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.“ In obigem Bescheid wird den zum Sammelplatz marschierenden Vereinen untersagt, Musik mitzuführen und die Breitesträfe, resp. den Geibelplatz zu passieren. Ferner haben sie zwecks Vermeidung von Verkehrsstörungen größere Abstände einzuhalten. Man kann der letzteren Anordnung schließlich schon zustimmen, muss dann aber auch voraussetzen, dass sie bei sämtlichen üblichen Anlässen gleichfalls getroffen wird. Ist das nun der Fall?

Wir überlassen die Beantwortung dieser Frage unsern Lesern, möchten ihnen jedoch insofern einen kleinen Fingerzeig geben, als wir an den Bismarck zum ersten erinnern. Da konnte der Festzug mit Musik und Fahnen die belebte und verkehrsreiche Holstenstraße passieren, ohne dass man eine Verkehrsstörung befürchtete. Da magte sogar die Straßenbahn ihre Fahrt durch die Holstenstraße während der Dauer des Zuges ein-

stellen. — Dieser eine Fingerzeig, dem noch mehrere angezeigt werden könnten, dürfte zur Beantwortung vorstehender Frage genügen.

Das Lübecker Proletariat wird also am kommenden 1. Mai ohne seine gewohnte rote Parteifahne und ohne rote Schärpen und Abzeichen sein Dienstamt begehen. Das im unschuldigen Stot leuchtende, angeblich staatsfürstende Flammenzeichen der „Revolution“ bleibt unberührt in seinem Schrank hängen, während die Gewerkschaftsfahnen lustig im Frühlingswind flattern können. Nunmehr liege es an der Lübecker Arbeiterschaft, durch rege Propaganda dafür zu sorgen, dass sich dieser Festzug trotz der einschränkenden Bedingungen zu einem der imposanteren gestaltet, den Lübeck jemals zu verzeichnen gehabt hat. Das wird sich um so eher ermöglichen lassen, als ja der heutige 1. Mai bekanntlich auf einen Sonntag fällt.

In besonderen möchten wir die Gewerkschaften ersuchen, sich einig zu machen über Maifeier Stellung zu nehmen und wo ihre Fahnenträger, sowie auf je 30 Mitglieder ein Hilfskomiteemitglied zu bestimmen. Es können sämtliche Fahnen, mit Ausnahme der Parteifahne, mitgeführt werden; nur ist entsprechend dem vorstehenden Bescheide darauf zu achten, dass die rein roten Schärpen, die insbesondere auf gewisse Bierfüßer geradezu verheerend wirken sollen, vermieden werden.

Müsstet zur Maifeier!

Eine überaus wichtige Entscheidung traf kürzlich das Reichsversicherungsamt, indem es folgenden Entschluss fasste: „Der Rekurs einer Unfallversicherungsgenossenschaft ist nur dann rechtzeitig erfolgt, wenn der Vorstand innerhalb der Rechtsfrist seine Genehmigung zum Meldeur gegeben hat.“ Der Sachverhalt ist nach unserem Magdeburger Parteiorgan folgender: Einem Holzarbeiter aus Schönebeck, der zuletzt 10 Prozent Rente bezog, wurde von der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft die Rente entzogen, weil infolge „wesentlicher Besserung“ Folgen des Unfalls, die ihn in der Erwerbsfähigkeit beschränken, nicht mehr vorhanden seien. Das Schiedsgericht zu Magdeburg verurteilte jedoch die Berufsgenossenschaft zur Weitergewährung der Rente. Kurz vor Ablauf der Frist meldete ein Geschäftsführer der Berufsgenossenschaft, der ihre Sachen stets vor dem Schiedsgericht und dem Reichsversicherungsamt in Berlin vertritt, den Rekurs an, mit der Erklärung, die Zustimmungserklärung des Vorstandes folge nach. Die Zustimmung des Vorstandes erfolgte erst nach Ablauf der gesetzlichen Rechtsfrist. Der Geschäftsführer hielte sich zur Einlegung des Rekurses vorbehaltlos der Zustimmung des Vorstandes berechtigt, weil er Vollmacht hat, die Berufsgenossenschaft in allen Terminen vor dem Reichsversicherungsamt zu vertreten und selbständig Vergleiche abzuschließen. Der verhandelnde Senat des Reichsversicherungsamts verwies die Sache an den erweiterten Senat. Dieser verwarf nun den Rekurs der Berufsgenossenschaft als verpatzt und führte aus: Das der Geschäftsführer hinnerhalb der Frist den Rekurs angemeldet habe, könne zur Wahrung der Frist nicht genügen. Der Senat habe folgendes erwidert: Allerdings standen an sich Kläger und Beflagte prozessual gleich. Anderseits seien jedoch an die Einlegung des Rekurses seitens der Berufsgenossenschaft andere Folgen in geknüpft, als an die des Verletzten. Der Rekurs der Berufsgenossenschaft habe ausschließende Wirkung zu ihren Gunsten; der Rekurs des Klägers wirke nicht so. Bei dieser Verschiedenheit der Rekurse der Parteien ermögliche sich auch eine Verschiedenheit bezüglich der Behandlung der Einlegung des Rekurses. Aus diesen Erwägungen heraus sei der erweiterte Senat des Rekursgerichts zu der Meinung gekommen, dass den Berufsgenossenschaften nicht zugute kommen könne, was den Verletzten öfter gesattet werde. (In bezug auf Nachbringung von Vollmachten für ihre Vertreter). Der Rekurs einer Berufsgenossenschaft sei nur dann rechtzeitig eingelegt, wenn innerhalb der Rechtsfrist die Genehmigung des Rekurses seitens der kompetenten Instanz (Vorstand, Vorsteher) erfolgt sei. — Dem Bestreben der oft überzeugigen Vertreter der Berufsgenossenschaften, in allen den Verletzten ungünstigen Fällen planlos Rekurs anzumelden, ist damit ein Siegel vorgesetzt.

Das Arbeitersekretariat

(unentgeltliche Auskunftsstelle für Jedermann)

ist geöffnet an Wochentagen von 12—2 Uhr mittags und von 6—7½ Uhr abends.

An Sonn- und Feiertagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Sonntagsruhe für die Fischindustrie. Der Verein der deutschen Fischindustriellen hat eine Einigung an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet, in der um Vermehrung der für die Fischerei betriebene Sonn- und Feiertage gebeten. Das Geläch wird damit begründet, dass das Gewerbe die möglichst schnelle Verarbeitung der Fischware erfordert und von dem Eintreffen der Fischdampfer abhängig ist. Auch hätten ihre Angestellten im Winter durch die behinderte Fischerei sehr viele unstillbare Ruhetage. Die Zahl der jetzt bewilligten sieben Ausnahmefiertage sei ungenügend. — Mögen die Beträcht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Hut sein!

Zur Kontrollversammlung haben sich am Donnerstag Vormittag 9 Uhr sämtliche Mannschaften der Spezialmessen der Jahre 1891, 1892 und 1893 sowie die zur Disposition der Erstbehörden Entlassenen der Spezialmessen und sämtliche Mannschaften der Garde (Jahrgang 1891 und jüngere), und um 11 Uhr sämtliche Erstbehörden der Jahressassen 1891, 1892 und 1893 zu melden.

Der Luftballon, den man Freitag Vormittag hier beobachten konnte, ist am gleichen Tage 12 Uhr mittags in der Nähe von Bückeburg in der Lüneburgischen Gegend gelandet. Er hat also noch eine ziemliche Reise gemacht.

Leitung, Zimmerer! Über die Firma Aktiengesellschaft für Hoch- und Eisenbau, vom Geb. Helmholz, (Bahnhoftsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Eine Prüfung von Seeschiffen auf großer Fahrt und Steuerleuten findet am 5. Mai und den nachfolgenden Tagen Morgens 9 Uhr in der Navigationsschule statt. Die Meldung hierzu geschieht bis zum 8. Mai 1904 beim Vorsteher der Prüfungskommission, Direktor der Navigationsschule Dr. Schulze. Die Prüfungsgebühren im Betrage von 30 Mt. für Seeschiffer und 15 Mt. für Seeleute sind bei der Meldung einzuzahlen.

Ob Bedrohung. Gegen einen Fischerfessel wurde Anzeige wegen Bedrohung seines Werkmeisters erhoben.

Malente. Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen, hier selbst, die Sperre verhängt worden.

Mölln. Bei der gestrigen Stadtratwahl wurde Herr Grübe mit 31 von 32 Stimmen wiedergewählt. — In das hiesige Handelsregister A ist unter Nr. 24 bei der Firma „Heinz Krohn“ folgendes eingetragen: „Inhaber der Firma, welche jetzt „Heinz Krohn Nachf.“ lautet, ist der Kaufmann Bernhard Otto Richard Haase in Mölln. Der Übergang, der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerb des Geschäfts durch den Nachfolger ausgeschlossen.“

Oldesloe. Der Religionskrieg steht seinem Ende entgegen zu gehen, nachdem das Konstituut nun mehr, jedenfalls nur der Not gehorcht, nicht dem eigenen Interesse, vermittelnd eingegriffen hat. Am Freitag Abend fand zunächst im Neuhof eine Gemeindevertreterversammlung statt und zwar auf Veranlassung des Konstituums. Zugleich aller Beschleunigungsversuche dritten Pfarrstelle in Neuhof ab. Am Sonnabend fand dann im Beisein mehrerer Konstituenten hier eine Kirchenkollegiumssitzung statt. Nach einer geheimen Beratung (1) beschloss das Kollegium einer geheimen Beratung (1) beschloss das Kollegium ferner wurde der Kultusminister eracht, die Verfassung vom 21. 24. Oktober 1903 dahin zu ändern, dass dem dritten Pfarrer Oldesloe als Wohnsitz angewiesen und eine unterjährige Regelung der Geschäftsbereiche für den dritten Geistlichen vorgenommen wird, unter Vorausezung der Gewährung der vom Kultusminister und dem königlichen Konstituut für die Errichtung der dritten Pfarrstelle in Aussicht gestellten Geldmittel (37 500 Mt. und ein jährliches Wohnungsgeld- und Gehaltsauschuss von 500 bzw. 300 Mt.). Gegen diesen Antrag stimmten nur 2 Mitglieder. Schließlich fand noch ein Beschluss Annahme, nach welchem die Kirchenfeste die Fuhrkosten für den Geistlichen übernimmt. Zweitens wird jetzt das Konstituum nachgeben und die „zäudigen Schafe“, die schon kurz vor dem Austritt standen, sind gerettet.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der Bäckerstreik in Kiel ist beendet. In einer am Sonntag Nachmittag abgehaltenen Versammlung wurde mit 10 gegen 17 Stimmen beschlossen, den Streik aufzuhören, da mit einer Ausnahme von sämtlichen Leistungsfähigen Bäckereien die Bewilligung erfolgt ist. Der Boykott soll jedoch in scharfer Weise aufrecht erhalten werden. Im ganzen sind 80 Betriebe mit etwa 156 Gesellen. — Die Klempner und Maler in Neumünster haben sich mit ihren Arbeitgebern bezüglich der Lohnforderungen etc. geeinigt. — Die Steinmetze in Oldenburg haben ihre Lohnbewegung erfolgreich beendet. Bei Abschluss des neuen Tarifvertrages ist der Stundenlohn bei neunstündigem Arbeitszeit von 50 auf 55 Pfennig erhöht; soweit Lohnarbeit bei einzelnen Stücken üblich ist, sind auch die Sätze dafür erhöht worden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Gestern abend wurde in Hamburg das Dienstmädchen Anna Wachsmuth von einem unbekannten Menschen überfallen und durch einen Messerstich in den Unterleib lebensgefährlich verletzt. Die Vermundete stand im Fremdauerstrafenhaus aufnahme. Als Täter kommt ein früherer Liebhaber in Betracht, der bisher noch nicht ermittelt ist. Von einem Steinwagen wurde in Hamburg ein 14jähriger Knabe totgeschlagen. — Wegen Verdachtes, durch fortgesetzte beständliche Misshandlungen den Tod seines 12jährigen Kindes herbeigeführt zu haben, wurde in Bremen ein Gelegenheitsarbeiter verhaftet. — An Bord des Linienfahrers „Kaiser Karl der Große“ hat sich in der Nacht zum Montag in Kiel ein Unglücksfall ereignet. Bei heftigem Sturm fiel der Torpedobootsmaat Mahnke über Bord und ertrank. — Freitag abend 7 Uhr wollte der Kupferschmiedemeister Schröder aus Blaau den schon in Bewegung befindlichen Zug von Ganzlin nach Blaau noch befeiigen, kam hierbei zu Fall und wurde am Kopf stark verletzt. Das Zugpersonal scheint durch die Mitreisenden bald von dem Unfall in Kenntnis gesetzt worden zu sein, denn nachdem der Zug von Ganzlin etwa 500 Meter entfernt war, kam derfelbe zurück und nahm den Verletzten, nachdem ein Rettungsboot angelegt war, mit nach Blaau. — Beim An Bord gehen fielen in Wanne einige der erste Matrosen Röhre vom Dampfer „Karl Behn“ und sein 8-jähriger Sohn nach Wasser. Während sich der Vater retten konnte, ertrank der Sohn.

Hamburg. Der Bürgerrechtszenuss-Bild in Kiel ist bei der Einkommensteuererhöhung wieder klar zu Tage. Wer gewissenhaft sein Einkommen auf 1200 Mt. angibt und nicht vor der Berechtigung steht, das Bürgerrecht erwerben zu können, der muss gewarnt sein, dass er eine Vorladung erhält, der Revisionskommission sein Einkommen auf Heller und Pfennig nachzuweisen. Kann er das nicht, so wird seine Einkommensdeclaratur herabgesetzt. Der Steuerdeclarant wird dadurch am Erwerb des Bürgerrechts gehindert. Und wenn auch nur ein einziger Pfennig an 1200 Mt. fehlt, dann ist der Mann nicht würdig, Hamburger Bürger zu werden. Wird ihm aber ein einziger Pfennig Einkommen über 1200 Mt. nachgewiesen, so kommt er in die höhere Steuerklasse und muss für den einen Pfennig 130 Mt. Steuer mehr zahlen, und das alles des Bürgerrechtszenuss wegen, denn andernfalls würde sich die Steuerdeputation den Teufel was darum scheren, ob ein 1200 Mt.-Declarant einen Pfennig mehr oder weniger Einkommen hat. Selbstverständlich ist es eine Unmöglichkeit, das Jahresinkommen genau auf den Pfennig anzugeben, wie das die Steuerdeputation verlangt, und deshalb tritt das Verfahren der Behörde den Charakter der Schikanen an sich, dazu bestimmt, die Steuerzahler mit 1200 Mt. Einkommen vom Erwerb des Bürgerrechts abzuhalten. Wie können, so schreibt unser Hamburger Parteiorgan hierzu mit Recht, den 1200 Mt. Declaranten nur empfehlen, trotz aller Schikanen der Steuerdeputation den Nachweis zu erbringen, dass sie auf den Pfennig genau 1200 Mt. Einkommen haben. — Im Übrigen ist zu erwarten, dass diese Maßregel den beabsichtigten Zweck verfehlt wird.

Kiel. Ein Geisteskranker sieben Jahre im Gefängnis und 10 Jahre im Buchthaus. Von der Kieler Strafammer wurde, wie schon kurz gemeldet, am Sonnabend gegen den Arbeiter Heinrich den Horn, einen Geisteskranken macht und wie ein Trunken betrunken, im Wiederaufnahmeyer Jahren verhandelt. Der Horn war im Juli vorigen Jahres wegen versuchten Diebstahls zu 1½ Jahren Buchthaus verurteilt worden, obwohl er besteuerte, sich gar nicht erinnern zu können, wie er zu der ihm zur Last gelegten Strafe — er hatte in einem allein stehenden Hause eine Fensterläsche eingerissen — gesetzte. Auch das Richtergericht hatte die von der Horn eingeleitete Revision freigesprochen. Im Gefängnis in Kiel

stellte sich indessen heraus, daß der Verurteilte gänzlich unrechnungsfähig ist und die krankhafte Neigung besitzt, nachts oder abends in pathologischem Rauschzustand auf fremden Grundstücken herumzuschleichen. Es stellte sich aber auch weiter heraus, daß dieser bedauernswerte Geisteskranker wegen der im Frühjahr begangenen Taten, die man immer wieder als versuchten Diebstahl bezeichnete, bereits 7 Jahre im Gefängnis und 10 Jahre im Zuchthaus zugebracht hat. Jetzt endlich ist die Forn freigesprochen und einer Freianstalt überwiesen worden. Dieser Vorfall kennzeichnet in drastischer Form unseres "modernen" Strafvollzugs.

Letzte Nachrichten.

Kattowitz. Ein Massenmörder. Aus Lodz (Russisch-Polen) wird der "Kattom. Stg." gemeldet: In die Wohnung des Weinhandlers Sulva drang ein Fremder ein, tötete die Frau und ein Dienstmädchen und durchsuchte die Wohnung. Auch das zweite Dienstmädchen, welches um Hilfe schrie, verlegte der Täuber schwer. Nach seiner Verhaftung gestand er, daß er in Wartshau das Ehepaar Jentsch und zwei weitere Personen ermordet habe.

Berlin. Wegen Kuppel wurde die Sängerin Fanny Loewy verhaftet, die in der Flensburgerstraße eine Operettenschule unterhielt. Die Verhaftete soll an einzelnen Schülerinnen nach Angabe Berliner Blätter wöchentlich über 1000 Mark verdient haben. Barone und andere "erstklassige Menschen" bildeten ihre Stammtischgesellschaft.

Dresden. Gattenmord. Infolge ehemaligen Zwistes erwürgte der Schuhmacher Winkler seine Frau, die jedoch erst das Wochenbett verlassen hat. Der Mörder wurde verhaftet.

Lüdenscheid. Vom Eisenbahnzuge überfahren. Sonntag nachmittag wurden auf der Schmalspurbahn Lüdenscheid-Altena zwei Kinder vom Zug überfahren; daß eine blieb tot, das andere wurde lebensgefährlich verletzt.

Eben a. d. St. Feuer im Bergwerk. Auf der der Bergwerksgesellschaft "Hilbernia" gehörigen Zeche

Sagen allen Verwandten und Bekannten für die zahlreichen Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit unsern herzlichen Dank.

J. Swisselmann und Frau,

geb. Raad.

Zum 1. Juli eine abgeschlossene Zweibettwohnung, Küche, Keller und Boden, Kreis D. 200

Flensburger Straße 84.

Karpfenstraße 26

1. Etage, 200 M., per 1. Juli.

In verm. ein Logis Flensburger Straße 63, 1. Etage.

Ein Logis zu vermieten

mit separatem Eingang Tannenstrasse 4, 1. Et.

Zu verm. zum 1. Juli eine kl. Wohnung an ruhige Nieder, 2 Stuben und Zuberherr Schwarzer Allee 33, dort

Zu vermieten 200 Pfund gute französische Effektoffeln, keine Kellerware Engelstraße 333.

Angelofen eine weiße mit kleinen schwarzen Flecken und schwarzen Fußl. vierzehn Stück ohne Steuerzettel Seite 2. Tannenstrasse 4.

Ich möchte von heute an:

Breitestraße 63, L,

Eingang: Kleiner Schraugen.

Dr. med. E. Schlüter-Pütz.

Arzt für das gesamte Anatomieverfahren.

Spezialist für Ohren und Nasenläden.

Habe mich **Arzt** für physikal. diät. Heilmethoden als Arzt weise niedergerufen und wohne obere Johannisstraße 12, 1. Et.

Zeitungen 8-10 dem 3-5 mache.

Dr. med. Schimmelpfennig, 1. Arzt.

Gartengeräte:

Schaufeln, Spaten,
Harken, Hacken,
Giesskannen

billig

Carl Rittscher,
Holstenstr. 34. Holstenstr. 34.

Schr. (M. H. & J. H. Kunkelsch.)
— 2. Seite —
L. Niendorf, Seite 27.

Grautleuten
— mein großes Lager ist

**Möbeln,
Spiegeln**

Polsterwaren
der gäste deutscher Arbeit.

Carl Folekers
Städteggstrasse,
25 Marienstraße 25.

"Bluto" bei Wanne ist am Sonnabend ein Holzbrand ausgebrochen, der noch anhält. Umsfassende Löschversuche sind im Gange.

Köln. Familien drama. Der Dachdecker Zweipennig, dessen Frau mit einem Arbeiter intime Beziehungen unterhielt, tötete Sonnabend diesen Arbeiter, anscheinend auf Anstiften seiner Frau. Der Täter und seine Frau wurden verhaftet.

Frankenthal. In der Sandgrube verschüttet. In Heil bei Ebernburg wurden drei Personen beim Sandgraben verschüttet. Der 18jährige Ph. Wagner, den hierbei ein großes Felsstück auf den Kopf traf, war sofort tot, sein älterer Bruder und sein Onkel erlitten nur leichte Kontusionen.

Kehl. Die Genicstarre ist im hiesigen Pionier-Bataillon ausgebrochen. Ein Mann ist bereits tot; 17 sind schwer krank.

Augsburg. Ein alter Lustling. In seinem 13-jährigen Lehrlingsdienst verübte der 52 Jahre alte verheiratete Schuhfabrikant Johann Bolleis mehrere Sittlichkeitsverbrechen, weshalb ihn die hiesige Straflammer zu 8 Monaten Gefängnis verurteilte.

La Valetta. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich während der Anwesenheit Wilhelm II. vor Malta. In der Nacht zum Sonntag fiel der Matrose Wiehorred durch einen unglücklichen Zusatz über Bord einer Dampfspinne. Er war sofort tot. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

Aus Nach und Fern.

Militärjustiz. Nicht weniger als fünf Monate Gefängnis hatte das in Habenhausen zusammengetretene Kriegsgericht der 25. Division über den Kanonier Ludwig Schwarz vom 61. Feldartillerie-Regiment verhängt, weil er — seinen Rock zu stark ausgestopft hatte.

Bei der 6. Batterie war Appell in der vierten Gardeür angezeigt, und der Unteroffizier Vollmantl verlangte, daß auch Schwarz seinen vierten Rock hole, der zum Ausbessern auf der Handwerksstube war. Schwarz holte den Rock und stopfte ihn mit einem Kameraden tüchtig aus. Jetzt sagte

ihm der Unteroffizier, er solle nicht so kräftig draufschlagen, aber der Kanonier erwiderte: "Sonst wird er nicht sauber" und stopfte weiter. Der Unteroffizier wiederholte seinen Befehl und brachte dann den Kanonier wegen Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft zur Meldung. Das Kriegsgericht hatte bei Verhängung der hohen Strafe ausgesprochen, daß es nötig sei, ein Beispiel zu statuieren und abschreckend zu wirken. Der Kanonier legte Berufung ein, und so kam die Sache vor das Oberkriegsgericht des 18. Armeekorps in Frankfurt a. M. Der Vertreter der Anklage führte aus, daß die Abhöretheorie gegen einen Angeklagten nicht geltend gemacht werden dürfe und eine so hohe Strafe bei diesem Tatbestand durchaus unangebracht sei. Die Zungen sagten meistens im Stile des Unteroffiziers aus; der Kanonier sei im Dienst etwas widerstreitig gewesen, aber einer bekundete auf wiederholtes Befragen, daß der Unteroffizier vorher zu Schwarz gesagt hatte, der Rock müsse ordentlich gestopft werden, weil viel Staub darin sei. Auch ließ der Unteroffizier andere Nöte, die zum Ausbessern auf der Handwerksstube waren, nicht hören, sondern nur den Rock des Schwarz. Das Oberkriegsgericht setzte die Strafe auf zwei Monate herab und rechnete dem Angeklagten auch die Untersuchungshaft an.

In den Vereinigten Staaten betrug nach der amtlichen Volkszählung im Jahre 1903 die Bevölkerung der Vereinigten Staaten mit Ausnahme Alaskas und der Inseln 79 900 000 Seelen, was eine Zunahme um 3 906 000 seit 1900 bedeutet. Die Einwohnerzahl belief sich in New York auf 3 716 000, in Chicago auf 1 874 000, in Philadelphia auf 1 368 000, in St. Louis auf 600 000.

Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 11. April.

Der Schweinehandel verlief gut. — Zugeführt wurden 380 Stück. Preis: Sengfischweine 48-49 M., Versandfischweine, schwere 47-48 M., leichte 48-49 M., Sauen 38-42 M. und Ferkel 43-46 M. pro 100 Pfund.

Mache hierdurch einem geschätzten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich

neben meiner
Klempnerei 1 Langereihe 1
noch ein
Ladengeschäft-Hausstandssachen
eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, durch Lieferung reeller Waren bei soliden Preisen allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Mit der Bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens zeichnet

Hochachtend

Wilh. Dockhorn
Klempnermeister.

Spar-Club „Ohne Zweifel“.

Veranstaltung

am Mittwoch den 13. April
abends 8½ Uhr
bei Grünwald, Böttcherstraße.

Gesangverein
„Eintracht“

General-Versammlung

am Mittwoch den 13. April

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Zeitung: Ordnung:
Abrechnung. Sommeranschlag. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Panorama

— Breitestraße 53, 1. Etage. —
Diese Woche ausgestellt:

Kassel.

(Wilhelmsthal, Wilhelmshöhe 2c).
Jeder Tag von 10-10 Uhr geöffnet

Die rote Robe.

7½ Uhr. Mittwoch den 13. April. 7½ Uhr.

199. Vorst. 29. Mittwochs-Abomi.

Vortragsabend für Fr. Berna Dewald.

Gastspiel: Carl Sartory vom Deutschen

Schauspielhaus in Hamburg.

Comtesse Marie.

Mit Serpentintanz, getanzt durch liebenswürdiges Entgegenkommen von Fr. Berna Dewald.

Sonnabend den 16. April: Miss Duncan.

Gastspiel. Schluß der Spielzeit.

**Nur noch bis zum
17. April dauert
der
Ausverkauf**
von einigen Tausend Schirmen und Hüten.
H. Stoppelman, Schirm- u. Hütfabrik, Hürstr. 40.

Travemünde.

Allen Freunden und Bekannten, Klubs und Vereinen bringe meine Gastwirtschaft sowie meinen neu renovierten Saal zur Ablösung von Festlichkeiten in gütige Erinnerung.

Gust. Kähler, Torstraße 42.

**Emaille-, Blech-, Holz-,
Bürsten-, Solinger Stahlwaren,
Britannia- und Nickelwaren**
empfiehlt billigst
Holstenstr. 34. **Carl Rittscher** Holstenstr. 34.
Magazin für Haus- und Küchengeräte.

Gewerkschafts-Kartell Lübeck.

Simplicissimus-Abschluß
am Freitag den 15. April, abends 8½ Uhr,
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Eintritt 20 Pfz.

Series sind zu haben bei: Wittstock, Hörst, Grünwald, Böttcherstr., Körner, Kupferschmiedest., Leeke, Schäfer, im Vereinshaus und in der Ecke des Lüb. Volksbote.

Die Kartell-Kommission.

Herm. Hartog

Städtegg-Lager
Breitestraße, unter 2. der Glashütte
Verkauf von allen verarbeiteten
Altbach-Materialien.
Tannen und Eichen-Brennholz.
Sommer ab 8-9 und 11-12 Uhr geöffnet
Jeweil 15 Pf.

Schulbücher
Samt. Famili. Schulunterfilien
Ang. Büromaster, Gütenb. Alter 46 c.

Spezial - Butterhandlung „Zu den drei Sternen“

frische Meiereibutter 1.10 Pf.
hochjeine Margarine 65 u. 75 Pf.
Zundöl, Zundwurst,
Zündholzen 9 Pf. 90 u. 85 Pf.
Zündseide 11 Pf. 60 Pf.
Hinrich Wilcken

zu Edelkäs, Drögelstraße 3.

7½ Uhr. Mittwoch den 13. April. 7½ Uhr.

199. Vorst. 29. Mittwochs-Abomi.

Vortragsabend für Fr. Berna Dewald.

Gastspiel: Carl Sartory vom Deutschen

Schauspielhaus in Hamburg.

Die rote Robe.

7½ Uhr. Donnerstag den 14. April. 7½ Uhr.

Comtesse Marie.

Mit Serpentintanz, getanzt durch liebenswürdiges

Entgegenkommen von Fr. Berna Dewald.

Sonnabend den 16. April: Miss Duncan.

Gastspiel. Schluß der Spielzeit.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 86.

Mittwoch, den 13. April 1904.

11. Jahrgang.

Aerzte und Krankenkassen.

Die Kampfmethode der Aerzte in ihrem Streit mit den Krankenkassen beleuchtet jetzt einer der Ubrigen, der Augenarzt Dr. Rheindorf sen. in Neuf in einer kleinen Broschüre, die er in diesen Tagen erscheinen ließ, um seinen Austritt aus dem Verein der Augenärzte Rheinlands und Westfalens zu erklären. Die Angelegenheit hängt mit dem Solinger Aerztesstreit zusammen. Dort hatten am 1. Januar die Aerzte ihre Tätigkeit für die Kassenmitglieder eingestellt und waren durch sechs beamte Kassenärzte erzogen worden. Um ein Einschreiten der Aufsichtsbehörden herbeizuführen, bemühen sich die Aerzte nun, einen „ärztlichen Notstand“ zu erzeugen. Da die sechs Kassenärzte nicht zur Einstellung ihrer Tätigkeit zu veranlassen waren, konnte dieser „Notstand“ nun aber nur erzielt werden, wenn es gelang, den Kassenmitgliedern die augenärztliche Hilfe abzuschnüren. Der vorerwähnte Dr. Rheindorf stand den Aerzten dabei im Wege, da er seine Hilfe den Kassenmitgliedern nicht versagte. Schließlich gelang es jedoch, den Dr. Rheindorf zu veranlassen, ebenfalls mit den übrigen Aerzten gemeinschaftliche Sache zu machen; der augenärztliche Notstand war geschaffen, die Aufsichtsbehörde griff ein und die Aerzte „liegen“.

Diesen Aerztesieg mit obrigkeitlicher Hilfe beleuchtet nun die Broschüre Dr. Rheindorfs, die in unserm Solinger Parteiblatt veröffentlicht wird. Der Verfasser will damit erklären, weshalb er aus dem Verein der Augenärzte Rheinlands und Westfalens ausgetreten sei, und erzählt dabei im Vorwort, im Januar sei ein Mitglied der Kasse zu ihm gekommen, um seine Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dr. Rheindorf erklärte klinische Behandlung sie notwendig, da der Patient vor der Gefahr gänzlicher Erblindung stand. Die Kasse überwies darauf den Mann dem Klinik Dr. Rheindorfs und fragte zugleich nach den Bedingungen für dauernde augenärztliche Behandlung der Kassenmitglieder. Dr. Rheindorf teilte diese Bedingungen mit und es wäre danach ohne Zweifel die Erfüllung der Forderungen der Aufsichtsbehörde möglich gewesen, wenn nicht jetzt der Verein der Augenärzte, der mit dem Verein der Solinger Aerzte gemeinschaftliche Sache gemacht, eingriffen hätte. Die Art dieses Eingriffes, die schließlich Dr. Rheindorfs Austritt aus dem Aerztekverein veranlaßt hat, schildert dieser nun in seiner Flugschrift wie folgt:

„Gegen den 12. oder 13. Januar erhielt ich vom Vorsitzenden unseres augenärztlichen Vereins eine Ausforderung, kein Mitglied der Orts-Krankenkasse Solingen augenärztlich zu behandeln. Da erst hörte ich von den Differenzen. Ich entließ den Kranken aber nicht, einmal weil die Kur schon, wie es schien, erfolgreich voranschritt, zweitens weil dieselbe doch nur kurze Zeit dauern sollte, und drittens weil der arme Mensch nach meinem Dafürhalten in Gefahr war, total zu erblinden.“

Am 16. Januar, mittags 1 Uhr, erhielt ich ein Telegramm aus Solingen: „Keinen Kranken der Kasse annehmen!“ und um 8 Uhr erschien ein Arzt aus Solingen, der mir endlich volle Ausklärung brachte: freie Arztwahl bestände schon in Solingen, es handle sich nur um Erhöhung des ungenügenden Honorars. Sofort sagte ich mir meine Unterstüzung zu, die ich verwirkt hätte, wenn der Kampf sich um freie Arztwahl gedreht hätte. Nur bei schweren Augenverletzungen, erklärte ich, würde ich meine Hilfe nicht verweigern. Darauf der Solinger Kollege: „Die Düsseldorfer Augenärzte verweigern auch dann die Hilfe!“ „Nein,“ erwiderte ich, „das werde ich nicht tun; wenn die praktischen Aerzte in gleichen Verhältnissen, wo das Leben auf dem Spiele steht, ihre Hilfe nicht verweigern, so werde ich als Augenarzt es nicht tun, wenn die Existenz eines Auges bedroht ist. Kommt hin man-

tät mit Kollegialität in Kollision, dann siehe ich immer auf Seiten der Humanität. Andere mögen anders empfinden, ich aber würde es mir nie verzeihen, wenn ich aus Kollegialität einen Menschen erblinden läßt.“ Nun erklärte sich der Kollege (notgedrungen?) befriedigt, zumal ich darauf hinwies, daß, wenn der Streit durch meine Beteiligung voraussichtlich in wenigen Tagen entschieden sei, ich wohl kaum einen so schweren Fall zu sehen bekommen würde.

Am Abend desselben Tages gegen 7 Uhr kam eine Depesche des Oberbürgermeisters von Solingen an: „Ob ich einen Augenarzt der Kasse aufgenommen hätte?“ Antwort: „Ja, Brief folgt.“ Am selben Abend teilte ich den obigen Sachverhalt mit.

Sonntag, 17. Januar 1904, erhalte ich einen neuen Brief vom Vorsitzenden unseres Vereins mit nochmaliger Mahnung, alle Augenkranken der Solinger Kasse abzuweisen. Dann aber zugleich einen Brief von einem Düsseldorfer Augenarzt, abgeschickt jedenfalls am 16. Januar abends. Dieser lautete folgendermaßen:

Dr. med. Düsseldorf, 16. 1. 1904.

Augenarzt ... st. Nr.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Nicht für mich, sondern im Namen bedrängter Kollegen appelliere ich an Ihr Standesgefühl. In Solingen hängt es zurzeit nur noch von der Frage ab, ob die Solinger Augenärzte Hilfe bekommen; danach entscheidet sich der Kampf der dortigen Aerzteschaft gegen den Neben- mit der Kassenvertretung zu Gunsten oder ungunsten der Aerzte. Kriegt der Kassenvertretung von einem Augenarzt der Aerzteschaft Hilfe, so gewinnt er Zeit, bis er einer der vielen Halbspezialisten gewonnen hat. Wie ich gehört habe, ist Ihr Name als Helfer der Kassen gegen Ihre Standesgenossen sowohl in Solingen wie in Bierfeld genannt. Herr Kollege, ich kann so was nicht glauben, denn die Klugheit muß Ihnen sagen, daß Sie nur der Notshelfer sind, dem man einen Fußtritt giebt, sobald er Oste Erfolg ist. Für die paar Mark momentanen Einkommens würden Sie aber an der Achtung der Standesgenossen schweren und dauernden Schaden leiden. Wir Spezialisten in der ganzen Gegend sind einig. Notfälle kennen wir nur, wo es sich um Lebensgefahr handelt. Sonst mögen die Leute nach Born gehen. Da geht den Kassen in kürzer Zeit der Stiel aus, die Ressourcen werden zu hoch, die Kassenmitglieder tun nicht mit. Haben die Kassenvertretung kein Mitleid mit den Mitgliedern und mit den Aerzten, die sie kalt lächeln auf die Strafe sezen, so gebietet das Gesetz des Krieges, die Aerzte mitleidlos anher in Fällen aller schwerster Not, abzuweisen.“

Hier stehen wir mit der Eisenbahnbetriebs-Krankenkasse (Elberfeld wohl?) seit gestern auch auf Kriegsfuß. Werden Sie auch da für die hiesigen Eisenbahner der Helfer sein, weil die Düsseldorfer Aerzte die Hilfe verweigern? Denken Sie an Neuf. Es kann Ihnen da auch blühen, daß Sie auf Hilfe in Düsseldorf rechnen müssen.

Sie hoffe, daß mein Appell an Ihr Standesgefühl überflüssig war.

Mit Kolleg. Gruß!

Dr. ...
Dr. Rheindorf hielt diese Zusendung, durch welche ihm eine Handlungswise zugemutet wurde, die an Rücksichtslosigkeit nicht mehr gut übertragen werden kann, und die obendrein eine Begründung erfuhr, die jedem menschlichen Empfinden Scham spricht, mit Recht für eine Bekämpfung und verlangte Genugtuung vom Vorstand des Aerztekvereins. Diese Genugtuung wurde ihm verweigert; die Augenärzte für Rheinland und Westfalen hatten

*.) Ist es im Kriege auch inhuman, die Menschen totzuschießen?

Der Notar hatte seine kurze Rede vollkommen ruhig und fahrläufig begonnen, aber mit dem frechen Verbrecher vor sich, der wohl totenbleich, jedoch kalt und verächtlich lächelnd dort stand und auf ihn herablächelte, stieg ihm auch zuletzt die Galle in's Blut. Bei den letzten Worten hatte sich seine Stimme in die höchsten Töne hinein versteigert. Er war außer sich geraten, riß die Tür auf und zerrte den jungen Karl Handorf bei einem Arme heraus.

„Hol' mich der Teufel, wieder eine Überraschung!“ brummte Schaller hastig vor sich hin, erkannte aber auch im nämlichen Moment denselben bleichen Menschen, der ihm und Rauten damals auf der Promenade begegnet war, und hob sich jetzt selber überrascht empor. Was war da nun wieder im Wind?

Karl trat in das Kontor; er hielt den Blick nur allein auf Rauten geheftet, er sah in der Tat gar keinen anderen Menschen mehr, und langsam auf ihn zuschreitend, blieb er endlich vor ihm stehen und hielt ihm den Stock entgegen.

Rauten hatte ihn verwundert betrachtet. Er erkannte ihn natürlich nicht wieder. Was sollte das jetzt sein? Aber der Name Runo von Kröben, mit dem ihn der Notar angeredet, zuckte ihm durchs Hirn. War denn die ganze Hölle gegen ihn losgelassen?

Der junge, bleiche Mann sah ihm starr ins Gesicht.

„Kennt Du diesen Stock, Mörder?“ sagte er mit leiser Stimme; aber trotzdem hingen die Worte wie die Sphäre des Weltgerichts in Rautens Ohren. Bis jetzt hatte er soviel Macht über sich behalten, um wenigstens ruhig zu scheinen, aber diese Hand über Hand geführten Schläge trafen ihn doch zuletzt ins Herz.

„Soll!“ schrie er. „Was wollt Ihr von mir? Was weiß ich von dem alten Juden?“ (Keine Lippe hatte den Grindelsteinen genannt) „Ha, Ihr glaubt, Ihr habt Gewalt über mich! Dem den Tod, der wie in den See tritt!“

nichts einzubringen gegen den Standpunkt des Düsseldorfer Arztes, der Tote auf dem Schlachtfeld mit Toten vergleicht, die ihr Leben lassen müssen, weil Aerzte, um ein paar Pfennige Honorarerhöhung zu erlangen, ihre ärztliche Hilfeleistung verweigern.

Dr. Rheindorf trat aus dem Verein der Augenärzte aus, stellte aber die Tätigkeit für die Kassenmitglieder ein. Er begründet dieses Verhalten auch näher in seiner Schrift, an deren Schluss er über die Aerztesforderungen folgendes Urteil abgibt:

1. Die Aerzte-Misere ist durch die Überproduktion bedingt. Die Krankenkassen können sie nicht befehligen, aber man könnte es eventuell auch nicht von ihnen verlangen.

2. Verlangen kann man von ihnen eine anständige, den jetzigen Zeitverhältnissen und den Müheleistungen der Aerzte entsprechende Honorierung.

3. Allgemeine freie Arztwahl durch Gewalt oder durch den Gebrauch der Macht irgend eines Faktors zu erzwingen, ist ein schweres Unrecht gegen die Kassen; sie im Interesse der jüngeren Aerzte zu wünschen und zu begünstigen, wird kein Arzt, besonders kein älterer, Bedenken tragen.

Die Aussführungen des Arztes über die freie Arztwahl und Vergleichsleistung, die sich noch in der Broschüre finden, sind beherzigenswert und zeugen von gesundem Verständnis für die Aufgaben der Krankenversicherung. Der Wert der Broschüre liegt aber vor allem in dem beigebrachten Material über die Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Aerzte die elementaren Erfordernisse der Menschlichkeit hinter ihre materiellen Interessen zurücktreten lassen. Nach einer Zuchtschlagsvorlage für streitende Aerzte hat aber bisher noch niemand gerufen; sie fechten ja unter der Devise „Gegen die Sozialdemokratie!“ Das entschuldigt alle Brutalitäten.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In den Ausständen getreten sind am Sonnabend in Rathenow in 126 Männer. Dieselben forderten 45 Pf. Stundenlohn und Verpflichtung vor Seiten der Unternehmer, denselben im nächsten Jahre auf 45 Pf. zu erhöhen. Verhandlungen mit den Unternehmern führten zu keiner Verständigung. Seit Wochen arbeitet in Rathenow eine Kolonne Italiener, der kurz vor dem Ausstand eine zweite gefolgt ist, woraus ersichtlich ist, daß die Unternehmer es auf einen Kampf ankommen lassen wollen. Drei Unternehmer, welche zur Zeit 18 Männer beschäftigen, haben die Forderungen der Ausständigen anerkannt. — In den Panierfabriken zu Magdeburg sind Differenzen ausgebrochen. Dreher und Schlosser, besonders aber Schleifer werden vor der Annahme von Arbeit noch dort gewarnt. — Der Ausstand der Tischler bei der Firma Matzchner, Möbelfabrik, in Elberfeld wurde für die Arbeiter siegreich beurteilt. Die Firma hat die Einführung des Neunstundentages vom 1. Mai ab bewilligt. Von diesem Zeitpunkt ab werden die Stundenlöhne um 10 Pf. erhöht. — In Dortmund sind die Tischler in einem Ausstand getreten. — Für die Buchdrucker, Photographen, Retoucheure in Frankfurt a. M. ist zwischen Gehüßen und Prinzipiellen ein Tarif festgesetzt worden, der 8½-stündige Arbeitszeit und einen Mindestwochenlohn von 25 Mk. im ersten, 30 Mk. im zweiten Jahre vorstreckt. — In Mainz sind die Tüncher Montag in Streik getreten. Die Streikenden verlangen die 9½-stündige Arbeitszeit, einen Lohnzuschlag von drei Pfennig pro Stunde und weiter von jedem Jahre ab bis 1906 einen Pfennig Zulage mehr pro Stunde. — Die Schuhmacherstraße in Schweden, sowohl der in Belfers Schuhfabrik zu Stockholm, als auch die in den Fabriken von Derebro, sind sämtlich durch Tarifverträge mit den Unternehmern erfolgreich für die Arbeiter beendet worden.

Und ein verborgenes Messer unter der Weste hervorzeichend, warf er sich gegen die Tür, von der Hans aber schon zurückgetreten war, um die Wirkung zu beobachten, die das Er scheinen des jungen Mannes auf Rauten machen würde. Ehe er zurücksprang und die Tür halten konnte, hatte sie Rauten aufgetischt und sich hindurch geworfen. Aber er kam nicht weit. Nur war dem ihm gegebenen Auftrage vollständig nachgekommen und die von ihm requirierte Polizeiwache auch pünktlich um 1 Uhr, und zwar mit dem Schlag, auf der Treppe des Notars eingetroffen, an der sie sich oben mit dem strengen Befehl, niemanden weder aus noch einzulassen, ehe sie die spezielle Weisung vom Notar Büster selber erhalten, postierten.

Rauten wollte die Treppe hinab, als er die vier kräftigen Burschen dort auf ihrem Posten entdeckte und jetzt recht gut wußte, daß er selbst mit seinem Messer nicht durchdringen konnte, denn sie verdeckten vollständig den engen Raum. Ohne sich aber auch nur einen Moment zu bestimmen, stieß er die nächste Tür auf — es war die Küche, und sprang hinein.

„Jesus, Maria und Joseph!“ rief die alte Magd, als sie den todsichlichen Mann mit dem langen Messer in der Hand hereinstritten sah.

Sie selber aber hatte nichts von ihm zu fürchten, denn Rauten bemerkte sie kaum. Fort! war sein einziger Gedanke. Was er alles noch verbrochen und dafür jetzt reicht geträumt, wer konnte es sagen! Aber schon das, was er da drin gehört, verriet ihm deutlich, er sei entdeckt, seine Karre gefallen und seine Rolle hier in Rhodenburg ausgespielt. So gab es denn jetzt für ihn nur eine Rettung, und die war, so rasch als irgend möglich seine eigene Wohnung zu erreichen. Gewann er dort die kleine Tasche, die seine wichtigsten Papiere enthielt, und dann den dicht bei Rhodenburg beginnenden Wald, so war er gerettet, und so die Bäume zusammengebissen — sah er sich nach einem Asberg zur Seite.

Im Gefenster.

Roman von Friedrich Gerstäder.

101. Fortsetzung.

„Mein lieber Solberg,“ sagte Schaller mit einem aber total verunglimpften Versuch zu seinem alten Humor, „Sie werden mir entschuldigen, wenn ich das Interesse entschieden bejahe; aber da es beide Teile zu wünschen scheinen, halt' ich noch aus, muß Ihnen jedoch bemerken, daß ich einer wichtigen Geschäftssache wegen notgedrungen um halb zwei Uhr drüber in meiner Wohnung sein muß.“

„Wir werden Ihre Gebüld nicht lange auf die Probe stellen, Herr von Schaller,“ sagte Hans kalt. „Vor allen Dingen erlauben Sie mir nur die Frage an Sie zu richten, woher Sie Ihre Referenzen über den Grafen Rauten und dessen Güter in Galizien gezogen haben? Vielleicht interessiert es Sie doch, diesen Brief einmal durchzulesen, der genau aus jener Gegend stammt, wo allerdings Rauten'sche Güter in Besitz einer Grafenfamilie von Rauten sind, bei denen es aber keinen Verpold gibt. Herr Notar, dürfte ich Sie wohl einmal um den betreffenden Brief ersuchen?“

„Oh verflucht,“ sagte von Schaller, indem er in seine Tasche griff, „jetzt habe ich meine Brille vergessen!“ „Dazu möchte ich mir noch eine Bemerkung erlauben,“ jetzt der Notar ein. „Ich glaube, der Fettum liegt allein in Galizien, das Graf Rauten vielleicht noch gar nicht gesehen hat, desto bekannter scheint er aber in Schlesien zu sein. Erinnern Sie sich noch vielleicht, Herr Graf, eines gewissen Runo von Kröben, der einst einen Mann im Walde erschlug und beraubte und nachher die Blut ergoss — kennen Sie den Mann, der die Schneen geführte Straße, die langen Jahre im Buchthause verbrachte?“

